

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.01.2024

Inhalt

EWN

1 | **Schwedische Atomkraftwende**

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.01.2024 3

2 | **Ein Atommeiler für die Chemie in Leuna?**

Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis, 26.01.2024 5

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 26.01.2024 | S. 17

 Auflage: 185.009 | Reichweite: 891.184

 Sebastian Balzter

Schwedische Atomkraftwende

Am 1. Februar bekommt Schweden einen neuen Spitzenbeamten. Dann tritt der erste nationale Kernkraftkoordinator des Landes seine Stelle an. Seine Aufgabe ist nicht etwa die Abschaltung der drei schwedischen Atomkraftwerke in Forsmark, Ringhals und Oskarshamn.

Es geht vielmehr darum, einen Plan für den Neubau von womöglich zahlreichen zusätzlichen Reaktoren im ganzen Land zu entwickeln.

Das dafür nötige Gesetz ist Anfang des Jahres in Kraft getreten. Das war der vorläufige Schlusspunkt eines energiepolitischen Richtungswechsels, der in einem krassen Kontrast zur Situation in Deutschland steht. Erst recht, weil auch Schweden einst den Atomausstieg beschlossen hat, sogar per Volksabstimmung. Das war 1980. Die Mehrheit stimmte aus Sicherheitsbedenken dafür, dass keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut und alle Reaktoren vom Netz genommen werden sollten, sobald genug Energie aus Wasser-, Wind- und Sonnenkraft erzeugt würde.

Schon das war aus deutscher Sicht eine bemerkenswert pragmatische Herangehensweise. Das Ausstiegsdatum wurde nicht mit einem Kreuz im Kalender festgelegt, sondern an den Ausbau von Alternativen gebunden. Zugleich genügte der Beschluss, um die Debatte zu beruhigen. Zur ideologischen Aufladung taugte das Thema danach nicht mehr.

Abgewickelt wurde in Schweden allerdings nicht die Kernkraft, sondern das Referendum. Das ging Stück für Stück. Zuerst wurde das Neubauverbot aufgeweicht. Als sich abzeichnete, dass die Betriebserlaubnis der Reaktoren ablaufen könnte, bevor genug grüner Strom ins Netz gespeist würde, wurden Ersatzneubauten an den bestehenden Kraftwerksstandorten erlaubt. Das war 2010, im Jahr vor dem Unglück von Fukushima und dem deutschen Ausstiegsbeschluss.

Zwei Entwicklungen begünstigten danach entscheidend die weitere Rehabilitation der Atomkraft in der schwedischen Öffentlichkeit. Zum einen wurde der Klimaschutz früher als anderswo ein bestimmendes

Thema. Greta Thunberg ist nicht umsonst in Schweden zu Hause. Der Energiemix des Landes passt dazu: Kohle und Erdgas spielen keine Rolle, Wasserkraft und Atomkraft sind die tragenden Säulen. Das sorgt für eine hervorragende CO₂-Bilanz.

Auch Schweden wollte einst seine Reaktoren abschalten. Jetzt stehen Neubauten auf dem Plan.

Zum anderen haben viele schwedische Unternehmen gerade da aussichtsreiche Geschäftsmodelle entwickelt, wo besonders viel Energie benötigt wird, etwa beim Bau von Batterien für Elektroautos und bei der CO₂-freien Stahlerzeugung. Sie sind auf zuverlässige Stromversorgung und günstige Preise angewiesen.

Und dann kam auch noch der Angriff Russlands auf die Ukraine. Schweden hat daraufhin seine mehr als 200 Jahre gewahrte Neutralität aufgegeben. Im Vergleich zu diesem historischen Akt war die Abkehr vom 40 Jahre alten Ausstiegsbeschluss ein Klacks. Die Parlamentswahlen im Herbst 2022 wurden zu einer Art Volksabstimmung darüber. Die Konservativen führten einen Pro-Kernkraft-Wahlkampf. Die Aussicht auf niedrigere Stromrechnungen und geopolitische Belastbarkeit überzeugte viele Wähler. Die Sozialdemokraten, die sich für Wind- statt Kernkraft aussprachen, mussten weichen.

Inzwischen haben auch sie ihre Haltung geändert. An die Stelle der „erneuerbaren“ ist in ihrem Programm die „fossilfreie“ Energie getreten, der die Zukunft gehören soll, Atomstrom inklusive. Nennenswerten politischen Widerstand dagegen gibt es in Schweden nicht mehr. Die Grünen, die ihn äußern, kamen zuletzt auf 5,1 Prozent der Stimmen.

Nun also gilt: Es darf gebaut werden. Eine Obergrenze, was die künftige Zahl der Reaktoren angeht, gibt es nicht mehr. Auch die Beschränkung von Neubauten auf die bestehenden Standorte ist entfallen.

Wie viele zusätzliche Reaktoren sind dafür nötig? Welche Technik ist die beste? Und wer stemmt die Investitionen? Das sind die Fragen, auf die der neue Spit-

zenbeamte in Stockholm Antworten finden soll. Man wird ihm wohl ein Jahr Zeit dafür geben müssen, auch wenn die Industrie zur Eile mahnt. Jüngst haben die Chefs namhafter Unternehmen wie Saab, Volvo und ABB sogar öffentlich einen Beitrag zur Finanzierung neuer Atomkraftwerke versprochen.

Schon jetzt verbraucht Schweden gemessen an

der Einwohnerzahl gut doppelt so viel Energie wie Deutschland. Der Bedarf wird sich in den kommenden 20 bis 30 Jahren verdoppeln, lauten die Prognosen. Die Idee, in dieser Lage auf die Kernkraft zu verzichten und damit Strompreis sowie CO₂-Ausstoß in die Höhe zu treiben, klingt für viele Schweden abwegig. Als „deutsche Hölle“ hat eine Stockholmer Zeitung dieses Szenario zuletzt beschrieben.

📰 Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis | 26.01.2024 | S. 17

📄 Auflage: 27.578 | Reichweite: 113.698

👤 Robert Briest

Ein Atommeiler für die Chemie in Leuna?

Andreas Silbersack spricht sich für eine Rückkehr der Atomkraft aus.

Leuna/Magdeburg/MZ. Ein Atomkraftwerk für die Energieversorgung des Chemiestandorts Leuna? Diese Idee hat zumindest der FDP-Fraktionsvorsitzende Andreas Silbersack im Landtag in Magdeburg ins Spiel gebracht. In einer Debatte forderte der Liberale, dass man sich weder in Deutschland noch in Sachsen-Anhalt vom Thema Atomkraft verabschieden solle, wenn der Rest der Welt daran festhalte.

Sein Vorschlag: Nicht über große Meiler, aber doch über neuartige kleinere Atomkraftwerke nachdenken. Als konkretes Standortbeispiel nannte er im Landtag Leuna. Auf Nachfrage der MZ erklärte er, warum: „Wir sehen im Chemiesiedeldreieck, wie schwierig die hohen Strompreise sind.“ Denn die Chemie habe einen hohen Energiebedarf. Und gerade in Leuna würden moderne Entwicklungen vorangetrieben: „Deshalb habe ich nicht ausgeschlossen, dass man das dort tun kann“, sagte Silbersack und verwies auf Projekte in Polen oder den USA, wo mit neuartigen Reaktoren gearbeitet werden soll.

Die hohen Energiepreise prangert der Chef des Chemiestandorts Leuna, InfraLeuna-Geschäftsführer Christof Günther, seit langem an. Er war auch kein Befürworter des deutschen Atomausstiegs im Vorjahr. Aber ein Atomkraftwerk in Leuna? „Das ist für den Standort aktuell keine Alternative“, betont er. Historisch sei das allerdings mal anders gewesen: „Es gab zu DDR-Zeiten fortgeschrittene Planungen für ein AKW in Leuna. An der Hochschule Merseburg wurden dafür sogar schon Ingenieure ausgebildet.“ Doch das Projekt sei dann Sparzwängen zum Opfer gefallen. Heute gäbe es an Chemiestandorten in den USA Projekte mit kleineren Reaktoren: „Der Hintergrund ist dabei immer auch die Klimafreundlichkeit. Die gesamte Che-

mie braucht viel verlässliche und günstige Energie.“

Für den SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Schmidt ist ein AKW in Leuna hierfür aber keine geeignete Quelle. „Ich sehe mindestens drei Probleme: Die Akzeptanz vor Ort, die lange Planungszeit – vor 2040 würde da nichts stehen – und man bräuchte Abnahmegarantien für den Strom von mindestens 30 Jahren, damit es sich rechnet.“ Atomstrom müsste einen gesetzlichen Vorrang bekommen. Schmidt hält das für unrealistisch: „Deshalb sind AKW nicht nur ökologisch gefährlich, sondern auch ökonomisch.“

Ähnlich sahen das in der Landtagssitzung Hendrik Lange (Linke) und Sebastian Striegel. Der Grünen-Abgeordnete erklärte, dass AKW wegen der hohen Baukosten selbst für die Energieversorger unattraktiv seien – außer es gäbe hohe Steuersubventionen. Zudem würden die Firmen heute für die Technologie wohl keinen Versicherer mehr finden, und man würde den gesellschaftlichen Konflikt um die Atomkraft wieder eröffnen: „Nicht versicherbar, keinen privaten Betreiber, keine Standorte, Großkonflikt – ich sage es einmal so: Das klingt eher nicht nach Gewinnertechnologie.“ Lange verwies darauf, dass nicht das Land, sondern der Bund für das Thema Atomkraft zuständig sei. „Atomenergie ist gefährlich, teuer und hinterlässt für Millionen Jahre gefährlichen Müll. Darum ist es richtig, dass wir aus der Atomenergie aussteigen.“

Silbersack sieht das anders. Die Diskussion um die Technologie sei in Deutschland in den vergangenen Jahren vor allem von Angst geprägt gewesen. Gleichwohl räumt der Liberale ein, würden konkrete Neubaupläne in Deutschland sicherlich zu Diskussionen führen.